



Niederschrift

über die Sitzung

des Stadtrates

am 08.12.2010

Anwesend

Vorsitz

Beutel, Jens

Verwaltung

Beck, Günter (Vorsitz bei TOP 8)

Sitte, Christopher ab TOP 3

Merkator, Kurt

Grosse, Marianne

Stadtratsmitglieder

Becker, Astrid

Binz, Katharina

Dietz, David

Eckhardt, Gerd Dr.

Eder, Katrin (ab TOP 3)

Egner, Herbert

Faber, Matthias

Faßbender, Ulrike (ab TOP 4)

Flegel, Sabine

Gerster, Thomas

Groden-Kranich, Ursula

Hafner, Klaus

Heinisch, Gunther

Helm-Becker, Ansgar

Hirsch, Hannelore

Hofem, Dieter

Hofmann, Kai

Huck, Brian Dr.

Hözl, Gudrun

Jessen, Jens Prof. em. Dr.

Kinzelbach, Martin

Klomann, Nico

Konrad, Nadya (ab TOP 3)

Konrad, Walter Dr.

Konrad, Walter

Koppius, Walter

Kracht, Martina

Kretschmer, Johanna Dr.

Kützing, MdL, Lars Dr.

Köbler-Gross, Sylvia

Leinen, Felix Prof. Dr.

Lensch, Eckart Dr.
Litzenburger, Andrea Dr.
Moseler, Claudius Dr.
Neger, Thomas
Pietsch, Michael Prof. Dr.
Pohl, Christine Dr.
Rösch, Matthias
Rößner, MdB, Tabea
Schreiner, MdL, Gerd
Schäfer, Herbert
Schönig, Hannsgeorg
Solbach, Norbert
Stenner, Ursula
Stritter, Stephan
Strutz, Harald
Sucher, Oliver
Trautmann, Klaus
Trautwein, Karin
Tress, Peter Dr.
Vicente, Miguel
Viering, Christian
Walter-Bornmann, Gerhard
Westrich, Sissi
Willius-Senzer, Cornelia
Zehe-Clauß, Birgit

Gäste

Ringhoffer, Franz

Schrifführung

Blessing, Detlef

Entschuldigt fehlen

Reichel, Wolfgang

Gröninger, Markus
Köbler, Daniel
Moerchel, Christian Dr.
Siebner, Claudia

Tagessordnung

a) nicht öffentlich

1. Gründung einer Zentralen Beteiligungsgesellschaft

b) öffentlich

TEIL I

2. Verabschiedung des ausgeschiedenen Beigeordneten Franz Ringhoffer
3. Ernennung, Vereidigung und Amtseinführung des 2. hauptamtlichen Beigeordneten Christopher Sitte
4. Einführung und Verpflichtung neuer Ratsmitglieder
5. Wirtschaftliche Beteiligungen
6. Doppelhaushalt 2011 / 2012
 - 6.1. Entwurf Doppelhaushaltsplan für die Jahre 2011/2012
 - 6.2. Stellenplan 2011/2012
 - 6.3. Entwurf Sonderhaushalte der rechtlich selbstständigen Stiftungen und Fonds für den Doppelhaushaltsplan 2011/2012
 - 6.4. Abbildung von Kennzahlen im Doppelhaushaltsplan 2011/2012

Anträge der Stadtratsfraktionen

- 6.5. Resolution: "Soziale Stadt" in Mainz erhalten!
69. Einwohnerfragestunde [ca. 18.00 Uhr]
7. Solarcarports - Vorbereitung der Elektromobilität (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 - 7.1. Änderungsantrag zum Antrag der Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN "Solarcarports - Vorbereitung der Elektromobilität" (CDU)
8. Schulsozialarbeit auf Grundschulen und Realschulen plus ausdehnen (SPD)
9. Missbilligung des Verhaltens von Oberbürgermeister Jens Beutel (CDU)
 - 9.1. Gem. Änderungsantrag von SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag 2245/2010: Missbilligung des Verhaltens von Oberbürgermeister Jens Beutel (CDU) - neue Fassung
10. Kostenbeteiligung hessischer Kommunen an den Kosten für den Schulbesuch hessischer Schüler in Mainzer Schulen (ödp/Freie Wähler)

11. Bildungsmesse: Welche Schule ist die Richtige? (FDP)
12. Beendigung des Kohlekraftwerksprojekts (CDU)
13. Bürgerampel für Mainz (SPD)
14. Mitgliedschaft der Stadt Mainz bei Transparency International - Deutschland e.V. (ödp/Freie Wähler)
15. Renaturierung Gonsbach (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 - 15.1. Änderungsantrag zu Antrag 2160/2010: Renaturierung Gonsbach (DIE LINKE.)

Anfragen der Stadtratsfraktionen

16. Finanzielle städtische Unterstützung ausländischer Vereine (REP)
17. Kosten durch Klage der CDU-Stadtratsfraktion (FDP)
18. Illegale Bebauung und Nutzung rund um den Geiersköppelweg (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
20. Bushaltestelle Weisenauer Sportplatz (REP)
21. Führerscheinentzug für jugendliche Schläger (REP)
22. Einbürgerungsveranstaltungen der Stadt Mainz (CDU)
23. Befassungskompetenz des Stadtrates zum Radfahrverbot in Fußgängerzonen (REP)
24. Verletzung des Gleichbehandlungsgrundsatzes durch die Hechtsheimer Ortsvorsteherin (REP)
25. Soziale Stadt muss neu strukturiert werden (CDU)
26. Handlungsplan Migration und Integration: Städtische Stellenausschreibungen (SPD)
27. Aufbau eines Lernpaten-Netzwerkes (SPD)
28. Schulbuchausleihe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
29. Teilnahme an der EXPO REAL in München (CDU)
30. Folgen für die Tagespflege nach Beitragsfreiheit für Kinder ab dem zweiten Lebensjahr (CDU)

31. Zoll- und Binnenhafen - Stand der Bauleitplanung (CDU)
32. Sanierung der Sporthalle Ludwig-Schwamb-Schule (CDU)
33. Sachstand Mogat Werke (CDU)
34. Kürzungen der Bundesregierung im Städte- und Wohnungsbau (SPD)

TEIL II

A) Mit Stimmrecht des Vorsitzenden

35. Sportanlage in der Schillstraße (CDU)
36. Sachstandsberichte zu den Anträgen der Stadtratsfraktionen
37. Eröffnungsbilanz
38. Kommunale Datenzentrale Mainz (KDZ)
39. Kommunale Datenzentrale Mainz (KDZ)
40. Kommunale Datenzentrale Mainz (KDZ)
41. Neuorganisation des Sozialgesetzbuches II / Jobcenter
- 41.1 Nachtragshaushaltssatzung 2010
42. Zweitwohnungsabgabensatzung
43. Haushaltsangelegenheiten
44. Umsetzung des § 94 Abs. 3 GemO
45. Wirtschaftliche Beteiligungen
46. Fortschreibung Zentrenkonzept Einzelhandel
47. Erweiterung der Elterninitiative "Kinderstube Rappelkiste e. V.", Dagobertstraße 1, Mainz-Altstadt; - Antrag auf Investitions- und Betriebskostenzuschüsse
48. Satzung zur Änderung der Kindertagesstättenatzung vom 09.07.1997; zuletzt geändert am 23.11.2009; - Neufestsetzung der Elternbeiträge für den Besuch von Kinderhorten zum 01.01.2011 -Verlängerung der Abmeldefrist auf 5 Monate

49. Erweiterung der Elterninitiative "Villa Josefus e. V.", Finther Landstraße 20, Mainz-Gonsenheim; Antrag auf Investitions- und Betriebskostenzuschüsse
50. Neubau einer Cafeteria für die Berufsbildenden Schule I + III im Rahmen des Konjunkturprogramms II
51. Umsetzung der Konzeption des Haus des Jugendrechts - ein Projekt der interdisziplinären Zusammenarbeit von Justiz, Polizei und Amt für Jugend und Familie (Jugendgerichtshilfe - Streetwork und Jugendschutz)
52. Ev. Kindertagesstätte Luthergemeinde, Friedrich-Naumann-Straße 20, Mainz; - Ersatzneubau mit Schaffung von Plätzen für Zweijährige und zusätzlichen Ganztagsplätzen
53. Bewertung von Maßnahmenvorschlägen zur Verwendung der Beiträge aus der Stellplatzablösesatzung
54. Investitionsprogramm des Entsorgungsbetriebes zum Finanzplan 2010 - 2014
55. Wirtschaftsplan 2011 des Entsorgungsbetriebes der Stadt Mainz
56. Änderung Kostenplan des Entsorgungsbetriebes der Stadt Mainz vom 16. Dezember 2009
57. 11. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Benutzungsgebühren für die Abfallentsorgung in der Stadt Mainz (Abfallgebührensatzung) vom 02. Juli 1997, zuletzt geändert durch die Satzung vom 05. Mai 2010
58. Kommunalreform / Aufgabenübertragung
59. Bau einer Dreiecksinsel mit frei fließendem Rechtsabbieger am Knotenpunkt Weserstr./An der Krimm.
60. Bauangelegenheiten
61. Sanierung und Umgestaltung des Parkplatzes "Am Pulverturm"
62. Bauleitplanverfahren "G 124/1.Ä" (Erneute Offenlage)
 - 62.1. Änderungsantrag zur Vorlage 1732/2010: Bauleitplanverfahren G 124/1.Ä (Erneute Offenlage) "Umnutzung des Kasernengeländes zwischen Erbergerstraße und Canisiusstraße - 1. Änderung (ödp/Freie Wähler)
63. Erste Verlängerung der Veränderungssperre für den Bereich des Bebauungsplanentwurfs "Am Waldfriedhof Mombach (M 102)", Satzung "M 102-VS/I"
64. Bauleitplanverfahren "Postareal westlich Hauptbahnhof (H 93)" (erneuter

Aufstellungsbeschluss)"

65. Bauleitplanverfahren VEP "He 124" (Planstufe I)
66. "Nino-Erné-Straße (Le 2)" - Planstufe I
67. Straßenbenennungen

B) Ohne Stimmrecht des Vorsitzenden

68. Änderungen / Ergänzungen städtischer Gremien
 - 68.1. Umbesetzungen von Aufsichts- und Verwaltungsräten
 - 68.2. Ergänzung von Ausschüssen und sonstigen Gremien

c) nicht öffentlich

70. Personalangelegenheiten
 - 70.1. Einzelpersonalie
71. Anmietung von zwei Räumen
72. Kommunale Datenzentrale Mainz (KDZ)
73. Gewährung einer Bürgschaft an die WB Wohnraum Mainz GmbH & Co. KG
74. Wirtschaftliche Beteiligungen
75. Erhöhung der Vergütung für die Sanitätsdienste bei städt. Veranstaltungen
76. Grundstücksangelegenheiten
77. Neufestsetzung der Pacht für die von der Stiftung Bürgerliche Hospizien der Mainzer Alten- und Wohnheime gGmbH zur Nutzung überlassenen Altenwohn- und Pflegeheime ab dem Jahr 2011
78. Bau- und Grundstücksangelegenheiten, Zurückstellung eines Bauantrages und einer Bau-voranfrage
18. Illegale Bebauung und Nutzung rund um den Geiersköppelweg (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
19. Sanierung der Wohnbau Mainz (SPD)

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen ist und Einwendungen gegen die Tagesordnung bisher nicht erhoben wurden.

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Folgende Änderungen der Tagesordnung werden vorgenommen:

Zu den Tagesordnungspunkten 7, 8, 9.1, 13 und 14 wurden jeweils neue Fassungen vorgelegt.

Änderungs- bzw. Ergänzungsanträge wurden zu den Punkten 7, 9 und 15 eingereicht.

Zu Punkt 76.2 ist eine ergänzende Vorlage verteilt. Grund ist der geänderte Beschluss im gestrigen Wirtschaftsausschuss.

Neu aufzunehmen sind:

Punkt 41.1 – Nachtragsstellenplan 2010 – und Punkt 76.4 – Grundstücksangelegenheit –
auf Grund einer Gegenstimme im Wirtschaftsausschuss

Im Wege der Dringlichkeit und mit der erforderlichen 2/3-Mehrheit wird ein Antrag des Jugendhilfeausschusses (Resolution „Soziale Stadt“) auf die Tagesordnung genommen, der zu Beginn der Antragsberatungen behandelt werden soll.

Die Antwort zu Punkt 19 erfolgt nichtöffentlich, ebenso eine Teilantwort zu Punkt 18.

Von der Tagesordnung abzusetzen ist Punkt 36.7 (Sachstandsbericht).

In der heutigen Sitzung ausgelegt ist eine Information zur Stadt der Wissenschaft.

Zum Verfahren wird mitgeteilt, dass sich der Ältestenrat auf eine Redezeit von 4 Minuten pro Fraktion für die Anträge und auf 10 Minuten pro Fraktion für Tagesordnungspunkt 5 verständigt habe.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, erfolgt der Eintritt in die Tagesordnung.

öffentlich

TEIL I

Punkt 2 **Verabschiedung des ausgeschiedenen Beigeordneten Franz Ringhoffer**

Der Vorsitzende verabschiedet den ausgeschiedenen Beigeordneten Franz Ringhoffer und verleiht ihm für seine Verdienste den Ehrenring der Stadt Mainz.

Nach der Rede von Herrn Koppius im Namen des Stadtrates erfolgt die Dankadresse des Geehrten.

Punkt 3 **Ernennung, Vereidigung und Amtseinführung des 2. hauptamtlichen Beigeordneten Christopher Sitte**

Der Vorsitzende ernennt den am 03.11.2010 gewählten 2. hauptamtlichen Beigeordneten, Herrn Christopher Sitte, für die Dauer von acht Jahren zum Beamten auf Zeit, überreicht ihm die Ernennungsurkunde, vereidigt ihn und führt ihn in sein Amt ein.

Herr Sitte nimmt sodann seinen Platz in der Verwaltungsbank ein.

Punkt 4 **Einführung und Verpflichtung neuer Ratsmitglieder**

Der Vorsitzende verpflichtet die neuen Stadtratsmitglieder, Frau Ulrike Faßbender als Nachfolgerin von Herrn Christopher Sitte, und Herrn Walter Konrad als Nachfolger von Frau Teresa Rebecca Kraft, und verpflichtet sie nach den Vorschriften der Gemeindeordnung auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Amtspflichten.

Punkt 5 **Wirtschaftliche Beteiligungen; hier: Einbringung von Aktien an der Stadtwerke Mainz AG in die ZBM GmbH**
Vorlage: 2201/2010

Nach einleitenden Worten von Herrn Bürgermeister Beck nimmt zunächst Herr Dr. Eckhardt für die CDU-Fraktion Stellung und erklärt, dass seiner Fraktion der Vorgang nicht ausgegoren genug sei. Vielmehr gehe man die Angelegenheit im trial-and-error-Verfahren an, ohne dass hierzu ausreichende Prüfungen stattgefunden hätten. Aus diesem Grunde werde die Vorlage von seiner Fraktion abgelehnt.

In ihren Stellungnahmen teilen Herr Sucher für die SPD, Herr Helm-Becker für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Herr Koppius für die FDP einmütig mit, dass der Vorlage selbstverständlich zugestimmt werde, da dieses Thema eines der Kernthemen der Koalition sei und die Einbindung der Stadtwerke in die ZBM ein wichtiger Schritt sei.

Auch für Herrn Prof. Leinen, ödp/Freie Wähler, seien die Überlegungen nicht weitgehend genug beleuchtet, so dass man sich im Großen und Ganzen den Ausführungen der CDU-Fraktion anschließen könne.

Demgegenüber erklärt Herr Prof. Jessen für DIE REPUBLIKANER, dass man der Vorlage zustimmen werde, da hier ein weiterer Schritt in die richtige Richtung getan werde.

Für Herrn Hofem, Fraktion DIE LINKE, sei klar, dass der Vorlage nicht zugestimmt werden könne, weil seine Fraktion nach wie vor der Meinung sei, dass genügend städtische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur Verfügung stünden, die eine ZBM nicht nötig erscheinen lassen.

Am Ende der Aussprache beschließt der Stadtrat mit Mehrheit (SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE REPUBLIKANER gegen CDU, ödp/Freie Wähler und DIE LINKE):

1. Die Erweiterung der Zentralen Beteiligungsgesellschaft mbH Mainz (ZBM) durch Einbringung von 94,9 % der der sich im städtischen Besitz befindlichen (bzw. 89,11 % der gesamten) Aktien der Stadtwerke Mainz AG (SWM AG) in die ZBM.
2. Die Neufassung der Satzung der Stadtwerke Mainz AG, die im wesentlichen Anlage 1 entspricht.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 23.11.2010.

Punkt 6 **Doppelhaushalt 2011 / 2012**

Punkt 6.1 **Entwurf Doppelhaushaltsplan für die Jahre 2011/2012**
Vorlage: 1757/2010

Punkt 6.2 **Stellenplan 2011/2012**
Vorlage: 2037/2010

Punkt 6.3 **Entwurf Sonderhaushalte der rechtlich selbstständigen Stiftungen**
und Fonds für den Doppelhaushaltsplan 2011/2012
Vorlage: 2178/2010

Punkt 6.4 **Abbildung von Kennzahlen im Doppelhaushaltsplan 2011/2012**
Vorlage: 2131/2010

Die Haushaltsrede von Finanzdezernent Günter Beck ist als Anlage der Niederschrift beigelegt.

Der Stadtrat nimmt von den Vorlagen Nr. 1757/2010, 2037/2010, 2178/2010 und 2011/2010, die Gegenstand der Beratung sind, Kenntnis.

Anträge der Stadtratsfraktionen

Punkt 6.5 **Resolution: "Soziale Stadt" in Mainz erhalten!**
Vorlage: 2349/2010

Einstimmig und ohne Aussprache stimmt der Stadtrat der Resolution des Jugendhilfeausschusses zu.

Punkt 69 **Einwohnerfragestunde [ca. 18.00 Uhr]**

1. Frau Heike Leidinger-Stenner, Grauelstraße 11, 55129 Mainz, fragt, ob die Firma Mogat im Zuge der Erweiterung des Containerhafens im Jahre 2011 weichen müsse. Oberbürgermeister Beutel sagt hierzu schriftliche Beantwortung durch das Wirtschaftsdezernat zu.
2. Herr Glöckner bittet um Sachstand bezüglich der Umsetzung des Antrages zur Erreichung der Klimaziele aus der vergangenen Stadtratssitzung. Auch der Antrag zum Thema „Terrassen-Heizstrahler“ war nicht auf der Tagesordnung der letzten Umweltausschusssitzung. Der Vorsitzende teilt mit, dass durch die Erkrankung des Umweltdezernenten eine Behandlung in der heutigen Sitzung nicht möglich war, eine schriftliche Beantwortung der Fragen wird jedoch zugesagt.
3. Herr Zeitmann fragt an, ob bereits jetzt die Einnahmen aus der Geschwindigkeitsüberwachung – zurzeit noch durch die Polizei – an die Stadt Mainz überwiesen werden. Dies wird verneint. Die zweite Frage lautet, ob Kaffee bei Stadtratssitzungen zu billig verkauft würde. Oberbürgermeister Beutel teilt hierzu mit, dass es vertragliche Festlegungen zu den Preisen gibt.

Punkt 7 **Solarcarports - Vorbereitung der Elektromobilität (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Vorlage: 2156/2010/1

Punkt 7.1 **Änderungsantrag zum Antrag der Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN "Solarcarports - Vorbereitung der Elektromobilität" (CDU)**

Vorlage: 2156/2010/2

Der Antrag von *BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN* wird von Herrn Helm-Becker, der Änderungsantrag der CDU von Herrn Prof. Pietsch begründet. Nach Stellungnahmen von Herrn Dr. Lensch für die SPD und Herrn Dietz für die FDP, die beide Zustimmung signalisieren, bittet Herr Dr. Moseler für die Fraktion ödp/Freie Wähler um Einzelabstimmung der Antragspunkte. Für die Fraktion DIE REPUBLIKANER teilt Herr Faber mit, dass man beiden Anträgen nicht zustimmen könne, während Herr Hofem für die Fraktion DIE LINKE erklärt, dass man ebenfalls zustimmen werde.

Für die Antrag stellende Fraktion *BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN* teilt Herr Helm-Becker mit, dass der Änderungswunsch zu Punkt 2 des Antrages übernommen werde, keinesfalls jedoch die Streichung des Absatzes 3.

Mit den Erklärungen von Herrn Helm-Becker wird über die einzelnen Antragspunkte wie folgt abgestimmt:

Punkt 1 des Antrages wird bei Gegenstimmen der REPUBLIKANER mit großer Mehrheit beschlossen.

Punkt 2 des Antrages in der von der CDU beantragten Form wird mit gleicher Mehrheit beschlossen.

Punkt 3 des Antrages wird bei Gegenstimmen der CDU und der REPUBLIKANER sowie Enthaltungen der Fraktion ödp/Freie Wähler mehrheitlich beschlossen.

Punkt 8 **Schulsozialarbeit auf Grundschulen und Realschulen plus ausdehnen (SPD)** **Vorlage: 2163/2010/1**

Nach der Begründung des SPD-Antrages durch Herrn Trautmann sowie Stellungnahmen von Herrn Solbach für die CDU, Frau Becker für *BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN*, Frau Willius-Senzer für die FDP, Herrn Konrad für ödp/Freie Wähler, Herrn Hofem für DIE LINKE sowie Herrn Beigeordneten Merkator für die Verwaltung wird dem Antrag einstimmig zugestimmt.

Punkt 9 **Missbilligung des Verhaltens von Oberbürgermeister Jens Beutel (CDU)** **Vorlage: 2245/2010**

Punkt 9.1 **Gem. Änderungsantrag von SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag 2245/2010: Missbilligung des Verhaltens von Oberbürgermeister Jens Beutel (CDU) - neue Fassung** **Vorlage: 2245/2010/2**

Nach Aufruf dieses Tagesordnungspunktes teilt der Vorsitzende zunächst mit, dass die Anträge - rein formal gesehen - unzulässig seien, da diese in das Persönlichkeitsrecht des Oberbürgermeisters eingreifen. Um eine Beratung der Anträge zu ermöglichen, verzichte er jedoch ausdrücklich auf den Schutz. Punkt 3 des CDU-Antrages sei unzulässig und könne nicht abgestimmt werden. Nach dieser Erklärung übergibt er den Vorsitz an Herrn Bürgermeister Beck.

Der Antrag der CDU wird von Frau Dr. Litzenburger unter Bezugnahme auf die ausführliche schriftliche Stellungnahme begründet. Sie vertritt die Auffassung, dass ein in einem Strafverfahren verurteilter Oberbürgermeister nicht mehr tragbar sei und bittet um Zustimmung.

Für *BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN* nimmt Frau Eder Stellung und verweist auf den nicht gefassten Beschluss zur Abwahl des Oberbürgermeisters aus der letzten Sitzung. Auch am heutigen Tage könne kein anders lautender Beschluss gefasst werden. *BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN* werde deshalb den CDU-Antrag ablehnen. Sie bittet, dem gemeinsamen Änderungsantrag der Koalition zuzustimmen.

Für die SPD, so Herr Sucher, sei es nicht zielführend, in die Vergangenheit zu blicken, sondern sich der Zukunft widmen. Es sei deshalb dringend erforderlich, den im Änderungsantrag geforderten Verhaltenskodex zu erstellen, um künftig klare Handlungsanweisungen zu bekommen.

Dem schließt sich auch Herr Koppius für die FDP an, alle weiteren Bemühungen der CDU, bezüglich der Vergangenheit nachzukarten, seien deshalb nicht dazu geeignet, sinnvolle Regelungen für die Zukunft zu treffen.

Herr Dr. Moseler erklärt für die Fraktion ödp/Freie Wähler, dass die ganze Angelegenheit nicht dazu beitrage, die Politikverdrossenheit zu reduzieren. Er bedauere, dass dem CDU-Antrag wahrscheinlich keine Mehrheit beschieden sei, der Änderungsantrag sei jedoch sehr wichtig für künftige Zweifelsfälle und deshalb auch zustimmungsfähig.

Herr Stritter vertritt für die Fraktion DIE REPUBLIKANER die Auffassung, dass ohne Frage ein Fehlverhalten vorliege und somit der Antrag zu beschließen sei. Der Änderungsantrag sei ein Ablenkungsmanöver, aber für die Zukunft wichtig und solle somit auch beschlossen werden.

Für Herrn Hofem sei die Sache selbstverständlich zu missbilligen, alles Weitere sei jedoch ausschließlich Sache des Oberbürgermeisters. Insofern könne man außer Punkt 1 des Antrages keine Zustimmung erteilen. Dem Änderungsantrag, der eigentlich ein neuer Antrag sei, werde jedoch zugestimmt.

Vor Eintritt ins Abstimmungsverfahren bittet Frau Dr. Litzenburger, im Änderungsantrag in Punkt 3, Satz 3, den Singular „deren ehemaligen Geschäftsführer“ durch den Plural „deren ehemalige Geschäftsführer“ zu ersetzen. Auch wird von Herrn Hafner beantragt, Ziffer 2 des CDU-Antrages namentlich abzustimmen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, wird über die Antragspunkte wie folgt abgestimmt:

1. Punkt 1 des CDU-Antrages wird mit Mehrheit abgelehnt.
2. In namentlicher Abstimmung (Anlage) wird Punkt 2 des CDU-Antrages mit 22 : 30 : 4 Stimmen abgelehnt.
3. Punkt 3 des CDU-Antrages ist unzulässig, so dass dieser Punkt nicht abzustimmen ist.
4. Der Änderungsantrag von SPD, *BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN* und FDP wird mit der Änderung Singular in Plural einstimmig beschlossen.

Im Anschluss an die Abstimmung gibt Frau Rößner eine persönliche Erklärung ab.

Sodann übernimmt Oberbürgermeister Beutel wieder die Sitzungsleitung.

Punkt 10 **Kostenbeteiligung hessischer Kommunen an den Kosten für den Schulbesuch hessischer Schüler in Mainzer Schulen (ödp/Freie Wähler)**
Vorlage: 2257/2010

Die Antragsbegründung übernimmt Herr Konrad. Nach den darauf folgenden Stellungnahmen von Herrn Solbach für die CDU, Frau Konrad für die SPD, Frau Rößner für *BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN*, Frau Willius-Senzer für die FDP und Herrn Hofem für DIE LINKE, nimmt auch Beigeordneter Merkator kurz Stellung.

Am Ende der Aussprache wird der Antrag einstimmig beschlossen.

Punkt 11 **Bildungsmesse: Welche Schule ist die Richtige? (FDP)**
Vorlage: 2274/2010

In der Begründung des FDP-Antrages schlägt Frau Willius-Senzer vor, für diese Messe einen „Freiveranstaltungstag des Oberbürgermeisters“ in der Rheingoldhalle zu verwenden. Möglich seien der 5. oder 13. Februar 2011.

Herr Solbach bezweifelt für die CDU, dass eine solche Messe von Erfolg gekrönt wäre. Er beantragt deshalb die Überweisung an den Schulträgersausschuss, um die Einzelheiten zu diskutieren.

Dem gegenüber plädieren Frau Konrad für die SPD und Herr Heinisch für *BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN* dafür, dem Antrag in der Sache zuzustimmen.

Herr Konrad für ödp/Freie Wähler plädiert – ebenso wie Beigeordneter Merkator – dafür, den Antrag zunächst im Schulträgerausschuss zu behandeln. Nach Meinung des Fachdezernenten ist der Februar der falsche Zeitpunkt, da die Tage der Offenen Türen in den Schulen erst im Oktober stattfinden und somit davor der richtige Zeitpunkt wäre.

Der weitergehende Antrag auf Überweisung in den Schulträgerausschuss wird mit Mehrheit abgelehnt, der Antrag mit großer Mehrheit in der Sache beschlossen.

Punkt 12 **Beendigung des Kohlekraftwerksprojekts (CDU)**
Vorlage: 2300/2010

Für die Fraktion der CDU begründet Herr Dr. Konrad den Antrag und vertritt die Auffassung, dass es nunmehr an der Zeit sei, das Projekt „Kohlekraftwerk“ endgültig zu beenden. Die Sitzung des Aufsichtsrates der KMW am 15.12.2010 sei hierfür seines Erachtens der richtige Zeitpunkt. Er bittet deshalb um Zustimmung zum Antrag.

Frau Eder nimmt für die Koalition aus SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Stellung und ist der Meinung, dieses Thema – da die Beschlussfassung rechtlich ins Leere laufe – in einer gemeinsamen Sitzung des Haupt- und Personalausschusses sowie des Ausschusses für Grün, Umwelt und Energie zu besprechen. Es werde deshalb Überweisung beantragt.

Auch Herr Dr. Moseler hält für die Fraktion ödp/Freie Wähler die Beschlussfassung über den vorliegenden Antrag für dringend geboten und er werde deshalb zustimmen.

Nach einer weiteren Stellungnahme von Herrn Faber für DIE REPUBLIKANER teilt Oberbürgermeister Beutel mit, dass in der kommenden Aufsichtsratssitzung voraussichtlich das Ruhen des Projektes beschlossen werde. Er gehe weiterhin davon aus, dass im nächsten Jahr auch der Beschluss über die endgültige Beendigung gefasst werde.

Der weitergehende Antrag auf Überweisung in die beiden genannten Ausschüsse wird sodann mehrheitlich beschlossen.

Punkt 13 **Bürgerampel für Mainz (SPD)**
Vorlage: 2304/2010/1

Nach der Begründung des Antrages durch Frau Dr. Kretschmer für die SPD erklärt Herr Gerster für die CDU, dass nach deren Auffassung die Abfuhr einwandfrei funktionieren und der Antrag eine zusätzliche Belastung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch ein solches System bedeuten würde. Dem Antrag könne deshalb nicht zugestimmt werden.

Im Gegensatz hierzu signalisieren Herr Heinisch für *BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN*, Herr Koppius für die FDP sowie Frau Hölzl für DIE LINKE Zustimmung zum Antrag.

Der Antrag wird sodann mit Mehrheit an die Verwaltung überwiesen.

Punkt 14 **Mitgliedschaft der Stadt Mainz bei Transparency International - Deutschland e.V. (ödp/Freie Wähler)**
Vorlage: 2308/2010/1

Herr Prof. Leinen begründet den vorliegenden Antrag für die Fraktion ödp/Freie Wähler. Herr Dr. Eckhardt erklärt für die CDU, dass der Antrag für sinnvoll gehalten werde. Insofern erklärt er unter Hinweis auf Tagesordnungspunkt 9 Zustimmung zu diesem Antrag. Für Herrn Kinzelbach (SPD), Frau Binz (*BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN*), Herrn Dietz (FDP) und Herrn Hofem (DIE LINKE) sei der Antrag nicht zielführend und werde deshalb abgelehnt.

Nach kurzer Stellungnahme des Oberbürgermeisters für die Verwaltung lehnt der Stadtrat den Antrag mit großer Mehrheit ab.

Punkt 15 **Renaturierung Gonsbach (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Vorlage: 2160/2010

Punkt 15.1 **Änderungsantrag zu Antrag 2160/2010: Renaturierung Gonsbach (DIE LINKE.)**
Vorlage: 2160/2010/2

Der Antrag von *BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN* wird von Frau Köbler-Gross, der Änderungsantrag von Frau Hölzl für die Fraktion DIE LINKE begründet. Die Herren Schäfer für die CDU, Dr. Lensch für die SPD und Dietz für die FDP erklären einvernehmlich, dass man dem Grünen-Antrag zustimmen, den Änderungsantrag der LINKE jedoch ablehnen werde.

Am Ende der Aussprache beschließt der Stadtrat einstimmig den Antrag von *BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN*, der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE wird bei 6 Ja-Stimmen mit großer Mehrheit abgelehnt.

Anfragen der Stadtratsfraktionen

Punkt 16 **Finanzielle städtische Unterstützung ausländischer Vereine (REP)**
Vorlage: 2112/2010

Zu der von Bürgermeister Beck vorgelegten Antwort stellt Herr Stritter zwei Zusatzfragen:

1. Welche Vereine erhalten in welcher Höhe Zuwendungen?
2. Unter welcher „Haushaltsstelle“ sind künftig die Zuwendungen zu Vereinen zu finden?

Die Fragen werden durch Bürgermeister Beck schriftlich beantwortet.

Punkt 17 **Kosten durch Klage der CDU-Stadtratsfraktion (FDP)**
Vorlage: 2171/2010/1

Zu der von Oberbürgermeister Beutel vorgelegten Antwort werden keine Zusatzfragen gestellt.

Punkt 18 **Illegale Bebauung und Nutzung rund um den Geiersköppelweg**
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Vorlage: 2189/2010

Von der öffentlichen Teilantwort nimmt der Stadtrat ohne Zusatzfragen Kenntnis. Die Fragen 12 und 13 werden im nichtöffentlichen Teil beantwortet.

Punkt 20 **Bushaltestelle Weisenauer Sportplatz (REP)**
Vorlage: 2263/2010

Die Anfrage wurde von Beigeordnetem Reichel beantwortet. Zusatzfragen gibt es keine.

Punkt 21 **Führerscheinenzug für jugendliche Schläger (REP)**
Vorlage: 2264/2010

Zu der Antwort des Verkehrsdezernenten werden keine Zusatzfragen gestellt.

Punkt 22 **Einbürgerungsveranstaltungen der Stadt Mainz (CDU)**
Vorlage: 2268/2010

Die Antwort von Herrn Oberbürgermeister Beutel wird ohne Zusatzfragen zur Kenntnis genommen.

Punkt 23 **Befassungskompetenz des Stadtrates zum Radfahrverbot in Fußgängerzonen (REP)**
Vorlage: 2276/2010

Zu der von Verkehrsdezernent Reichel vorgelegten Antwort stellt Herr Stritter die Zusatzfragen, ob der Park- und Verkehrsausschuss hierzu einen Beschluss gefasst habe und welches Recht der Rat bei Verkehrsanordnungen habe.

Zu Frage 1 müsse der heute nicht anwesende Verkehrsdezernent zu einem späteren Zeitpunkt Stellung nehmen. Zu Frage 2 erklärt Oberbürgermeister Beutel, dass es sich um Auftragsangelegenheiten handele, bei denen der Rat keine Befassungskompetenz besitze.

Punkt 24 **Verletzung des Gleichbehandlungsgrundsatzes durch die Hechtsheimer Ortsvorsteherin (REP)**
Vorlage: 2277/2010

Zu der von Oberbürgermeister Beutel vorgelegten Antwort werden keine Zusatzfragen gestellt.

Punkt 25 **Soziale Stadt muss neu strukturiert werden (CDU)**
Vorlage: 2297/2010

Zu der Antwort von Beigeordnetem Merkator stellt Herr Dr. Eckhardt die Zusatzfrage, wie hoch konkret die Kürzung ausfallen werde. Beigeordneter Merkator teilt hierzu mit, dass dies noch nicht konkret absehbar sei. Nach Feststehen der konkreten Zahlen müsse entschieden werden, welche Projekte umgesetzt werden können.

Punkt 26 **Handlungsplan Migration und Integration: Städtische Stellenausschreibungen (SPD)**
Vorlage: 2305/2010

Zu der Antwort des Oberbürgermeisters wird die Zusatzfrage gestellt, ob dies zumindest im Internet möglich sei, die vom Vorsitzenden mit Ja beantwortet wird.

Punkt 27 **Aufbau eines Lernpaten-Netzwerkes (SPD)**
Vorlage: 2306/2010

Ohne Zusatzfragen nimmt der Stadtrat die Antwort des Sozialdezernenten zur Kenntnis.

Punkt 28 **Schulbuchausleihe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Vorlage: 2311/2010

Zu der Antwort von Beigeordnetem Merkator stellt Frau Rößner die Zusatzfrage, wann mit dem Abschluss der Kostenberechnung zu rechnen sei; Herr Merkator teilt mit, dass dies voraussichtlich im Januar / Februar 2011 erfolgen müsste.

Punkt 29 **Teilnahme an der EXPO REAL in München (CDU)**
Vorlage: 2313/2010

Zu der von Wirtschaftsdezernent Ringhoffer vorgelegten Antwort werden zwei Zusatzfragen gestellt:

1. Wird nach der Teilnahme an Messen und ähnlichen Veranstaltungen inhaltlich nachgearbeitet und wenn ja, wie?
2. Es wird um eine quantitative Bewertung seitens der Verwaltung gebeten.

Hierzu teilt der Vorsitzende mit, dass diese Fragen vom neuen Wirtschaftsdezernenten, Herrn Sitte, schriftlich beantwortet werden würden.

Punkt 30 **Folgen für die Tagespflege nach Beitragsfreiheit für Kinder ab dem zweiten Lebensjahr (CDU)**
Vorlage: 2314/2010

Die Antwort von Beigeordnetem Merkator liegt vor. Zusatzfragen werden nicht gestellt.

Punkt 31 **Zoll- und Binnenhafen - Stand der Bauleitplanung (CDU)**
Vorlage: 2315/2010

Zu der von Baudezernentin Grosse vorgelegten Antwort gibt es keine Zusatzfragen.

Punkt 32 **Sanierung der Sporthalle Ludwig-Schwamb-Schule (CDU)**
Vorlage: 2316/2010

Die Anfrage wurde von Beigeordnetem Merkator beantwortet. Zusatzfragen gibt es keine.

Punkt 33 **Sachstand Mogat Werke (CDU)**
Vorlage: 2317/2010

Ohne Zusatzfragen nimmt der Stadtrat von der Antwort des Wirtschaftsdezernenten Kenntnis.

Punkt 34 **Kürzungen der Bundesregierung im Städte- und Wohnungsbau**
(SPD)
Vorlage: 2323/2010/2

Die Antwort von Herrn Beigeordneten Merkator liegt vor. Zusatzfragen werden nicht gestellt.

TEIL II

A) Mit Stimmrecht des Vorsitzenden

Punkt 35 **Sportanlage in der Schillstraße (CDU)**
Vorlage: 2296/2010

Einstimmig und ohne Aussprache überweist der Stadtrat den Antrag zur weiteren Behandlung in den Schulträgerausschuss.

Punkt 36 **Sachstandsberichte zu den Anträgen der Stadtratsfraktionen**

Punkt 36.1 **Sachstandsbericht zu Antrag Nr. 0373/2008 CDU und Ergänzungsantrag 0373/2008/1 SPD, sowie Antrag 0951/2008 CDU Ortsbeirat Mainz-Bretzenheim**
hier: Seniorenfreundlicher Service für Mainz bzw. Kennzeichnung seniorenfreundlicher Betriebe und sonstiger Einrichtungen
Vorlage: 1461/2010

Entsprechend den Empfehlungen der Verwaltung, des Sozialausschusses und des Ortsbeirates Mainz-Bretzenheim nimmt der Stadtrat den Sachstandsbericht zur Kenntnis. Das aufgezeigte geplante Vorgehen des Seniorenbeirates wird unterstützt. Die Anträge sind damit erledigt.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 18.08.2010.

Punkt 36.2 **Sachstandsbericht zu Antrag Nr. 106/1993 CDU, Stadtratsfraktion Mainz**
hier: Landschaftsschutz für die Bäume um den ehemaligen Layenhof
Vorlage: 1802/2010

Der Stadtrat nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis und legt einstimmig eine erneute Berichterstattung für Dezember 2013 fest.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 12.10.2010.

Punkt 36.3 **Sachstandsbericht zu Antrag Nr. 168/2009 der FDP-Stadtratsfraktion Parkgebühren senken (FDP)**
Vorlage: 2003/2010

Der Stadtrat beschließt – bei Gegenstimmen der REPUBLIKANER -, den Antrag 317/2009 (FDP) zu erledigen.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 10.11.2010.

Punkt 36.4 **Sachstandsbericht zu den Anträgen der Stadtratsfraktion Bündnis**

90/Die Grünen Nr. 134/2005 Barrierefreier Südbahnhof und Nr.845/2009 Barrierefreier Einstieg in die S-Bahn sowie Antrag der SPD-Stadtratsfraktion 1906/2009 Umgestaltung Wegeführung im Bahnhof "Römisches Theater" (SPD) Vorlage: 2008/2010

Entgegen dem Vorschlag der Verwaltung sollen die Anträge von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in einem Jahr erneut aufgerufen werden. Die übrigen Anträge sind erledigt.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 10.11.2010.

Punkt 36.5 Sachstandsbericht zu Antrag Nr. 401/2009 CDU und Ergänzungsantrag Bündnis90/Die Grünen, Vorlage 1701/2009 hier: Biotop-Typen auf dem Layenhof Vorlage: 2050/2010

Einstimmig und ohne Aussprache beschließt der Stadtrat die Wiedervorlage des Antrages in einem Jahr.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 10.11.2010.

Punkt 36.6 Sachstandsbericht zu Antrag Nr. 219/2009 der SPD-Stadtratsfraktion sowie zum Änderungsantrag der CDU-Stadtratsfraktion betreffend Die Mainzer Schullandschaft fit für die Zukunft machen - Schulentwicklung im Zusammenwirken von Lehrenden, Eltern, Schülerinnen und Schülern vorantreiben Vorlage: 2071/2010

Die Gremien nehmen den Sachstandsbericht zur Kenntnis. Da die Umsetzung des Schulentwicklungsplans und der sich daraus ergebenden Projekte Sache der laufenden Verwaltung und der entsprechenden Berichterstattung in den städtischen Gremien ist, erklärt der Stadtrat den Antrag einstimmig für erledigt.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 15.11.2010.

Punkt 36.7 **Sachstandsbericht zu Antrag Nr. 1917/2010; Umsetzung des Energiekonzeptes Mainz 2005-2015 und Erreichung der Klimaschutzziele der Stadt Mainz**
Vorlage: 2332/2010

Dieser Punkt wurde vor Eintritt in die Tagesordnung abgesetzt.

Punkt 37 **Eröffnungsbilanz;**
hier: Feststellung der geprüften Eröffnungsbilanz der Landeshauptstadt Mainz
Vorlage: 2152/2010

Nach Aufruf dieses Tagesordnungspunktes berichtet Herr Schönig, Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses, über die Beratungen im Gremium und empfiehlt dem Rat, entsprechend dem Beschlussvorschlag die geprüfte Eröffnungsbilanz festzustellen.

Auf der Grundlage der Empfehlung des Rechnungsprüfungsausschusses stellt der Stadtrat die geprüfte Eröffnungsbilanz der Landeshauptstadt Mainz - mit der Maßgabe, dass einige Bilanzpositionen zu korrigieren sind - fest.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 30.11.2010.

Punkt 38 **Kommunale Datenzentrale Mainz (KDZ)**
hier: Wirtschaftsplan 2011
Vorlage: 2067/2010

Der Stadtrat beschließt einstimmig den Wirtschaftsplan 2011 der KDZ.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 09.11.2010.

Punkt 39 **Kommunale Datenzentrale Mainz (KDZ)**
hier: Investitionsprogramm zum Finanzplan 2010 - 2014
Vorlage: 2069/2010

Der Stadtrat beschließt ohne Gegenstimmen und Stimmenthaltungen das Investitionsprogramm zum Finanzplan 2010 – 2014 des Wirtschaftsplanes 2011 der KDZ.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 10.11.2010.

Punkt 40 **Kommunale Datenzentrale Mainz (KDZ)**
hier: Preisverzeichnis der KDZ ab 2011
Vorlage: 2070/2010

Der Stadtrat beschließt einstimmig das Preisverzeichnis der KDZ, das ab dem 01. Januar 2011 gültig ist.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 09.11.2010.

Punkt 41 **Neuorganisation des Sozialgesetzbuches II / Jobcenter**
Vorlage: 2271/2010

Bei zwei Gegenstimmen fasst der Stadtrat mit großer Mehrheit nachfolgende Beschlüsse:

1. Das Job-Center für Arbeitsmarktintegration soll ab dem 01.01.2011 in eine „gemeinsame Einrichtung“ im Sinne des SGB II überführt werden. Die Möglichkeit der Option (Zulassung als Einrichtung in kommunaler Trägerschaft) wird nicht verfolgt.
2. Der Stadtrat beschließt, folgende Mitglieder in die neue Trägerversammlung zu entsenden
 - die Sozialdezernentin bzw. den Sozialdezernenten
 - die Leiterin bzw. den Leiter des Amtes für Steuerung und Personal
 - die Leiterin bzw. den Leiter des Büros für Beschäftigungs- und Arbeitsmarktförderung
3. Die Umsetzung des geplanten Bildungs- und Teilhabepakets soll in Verantwortung der Stadt Mainz erfolgen, falls der Bund für die erforderliche personelle Ausstattung eine ausreichende Kostenerstattung garantiert.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 30.11.2010.

Punkt 41.1 **Nachtragshaushaltssatzung 2010;**
hier: Nachtragsstellenplan 2010
Vorlage: 2337/2010

Nach Aufruf dieses Tagesordnungspunktes wird beantragt, die Beschlussfassung entsprechend den Entscheidungen in der vorangegangenen Sondersitzung des

Haupt- und Personalausschusses, des Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen und des Bau- und Sanierungsausschusses vorzunehmen.

Auf der Grundlage der Empfehlungen des Haupt- und Personalausschusses und des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen fasst der Stadtrat nachfolgende Beschlüsse:

Der Stadtrat beschließt – bei 2 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen – die Stellenneuschaffungen entsprechend den laufenden Nummern 2 – 6 der Anlage 1.

Im Übrigen beschließt der Stadtrat einstimmig – bei Enthaltungen der REPUBLIKANER – den Nachtragsstellenplan sowie die Nachtragshaushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2010.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 06.12.2010.

Punkt 42 **Zweitwohnungsabgabensatzung;**
Änderung der Satzung über die Erhebung der Zweitwohnungsab-
gabe in der Stadt Mainz
Vorlage: 2110/2010

Der Stadtrat beschließt mehrheitlich (Gegenstimmen der REPUBLIKANER) die Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung der Zweitwohnungsabgabe in der Stadt Mainz (Zweitwohnungsabgabensatzung).

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 23.11.2010.

Punkt 43 **Haushaltsangelegenheiten;**
hier: Änderung von Deckungsbeschlüssen für überplanmäßige Be-
reitstellungen
Vorlage: 2113/2010

Der Stadtrat stimmt – bei Gegenstimmen der REPUBLIKANER – zu, die Deckung für die überplanmäßige Bereitstellung von 185.000 Euro gemäß Vorlage 1288/2010 und 50.000 Euro gemäß 1611/2010 dahingehend abzuändern, dass anstatt einer Erstattung durch die ZBM die Mehrausgaben durch Mehreinnahmen aus der Dividende der Stadtwerke im Ergebnisplan 2010 gedeckt werden.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 23.11.2010.

Punkt 44 **Umsetzung des § 94 Abs. 3 GemO;**
Eigenwerbung, Entgegennahme und Vermittlung von Sponsoring-
leistungen, Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen
Vorlage: 1766/2010

Die in der Anlage beigefügten Listen über die in den Haushaltsjahren 2009, 2010 und 2011 geleisteten Zuwendungen/Sponsoringleistungen werden zur Kenntnis genommen.

Die Annahme der folgenden Spenden-/ Sponsoringbeträge 0056/2009 aus 2009, 0060/2010, 0063/2010, 0078/2010, 0080/2010, 0081/2010, 0082/2010, 0084/2010, 0085/2010, 0086/2010, 0087/2010, 0088/2010, 0089/2010, 0090/2010, 0091/2010, 0093/2010, 0098/2010, 0099/2010, 0101/2010, 0104/2010 und 0106/2010 aus 2010 sowie 0001/2011 aus 2011 wird einstimmig beschlossen.

Erst nach der Unbedenklichkeitserklärung durch die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion kann die Kenntnisnahme und Zustimmung der Zuwendungen/Sponsoringleistungen in Kraft treten.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 30.11.2010.

Punkt 45 **Wirtschaftliche Beteiligungen**

Punkt 45.1 **Wirtschaftliche Beteiligungen;**
hier: Beteiligungsberichte 2010 der Stadt Mainz
Vorlage: 2077/2010

Der Stadtrat nimmt die Beteiligungsberichte 2010 der Stadt Mainz zur Kenntnis.

Gegenstand der Beratung ist die Verwaltungsvorlage vom 23.11.2010.

Punkt 45.2 **Wirtschaftliche Beteiligungen;**
hier: DSM Deutsche Städte-Medien GmbH
Vorlage: 2183/2010

Der Stadtrat beschließt ohne Gegenstimmen und Stimmenthaltungen:

Die Landeshauptstadt Mainz schließt sich der Klage der Wirtschaftsförderung Frankfurt – Frankfurt Economic Development – GmbH gegen die Landeshauptstadt Hannover bezüglich der Rückerstattung von Auslagen für Umsatzsteuernachzahlungen an und verzichtet auf die Geltendmachung weiterer möglicher Ansprüche im Zusammenhang mit dem Verkauf der Anteile an der Deutsche Städte Medien GmbH (DSM), die mit Ablauf des 31. Dezember 2010 verjähren.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 23.11.2010.

Punkt 45.3 **Wirtschaftsplan 2011**
des Wirtschaftsbetriebes Mainz, Anstalt des öffentlichen Rechts
Vorlage: 2009/2010

Der Stadtrat stimmt dem Wirtschaftsplan 2010 des Wirtschaftsbetriebes Mainz, Anstalt des öffentlichen Rechts einstimmig zu.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 22.11.2010.

Punkt 46 **Fortschreibung Zentrenkonzept Einzelhandel**
Vorlage: 2121/2010

Bei vier Gegenstimmen und einer Enthaltung beschließt der Stadtrat die Fortschreibung des Zentrenkonzeptes Einzelhandel.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 24.11.2010.

Punkt 47 **Erweiterung der Elterninitiative "Kinderstube Rappelkiste e. V.",**
Dagobertstraße 1, Mainz-Altstadt; - Antrag auf Investitions- und Be-
triebskostenzuschüsse
Vorlage: 2043/2010

Dem Umzug und der Erweiterung der Elterninitiative „Kinderstube Rappelkiste e. V.“ um 20 auf 30 Plätze wird einstimmig zugestimmt.

Die erforderlichen Mittel zur Finanzierung der Investitions- und Betriebskostenzuschüsse ab 01.01.2011 werden zusätzlich bereitgestellt.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 10.11.2010.

Punkt 48 **Satzung zur Änderung der Kindertagesstättensatzung vom 09.07.1997; zuletzt geändert am 23.11.2009; - Neufestsetzung der Elternbeiträge für den Besuch von Kinderhorten zum 01.01.2011 - Verlängerung der Abmeldefrist auf 5 Monate**
Vorlage: 2054/2010

Die im Entwurf beigefügte Satzung zur Änderung der Kindertagesstättensatzung der Stadt Mainz wird mit Mehrheit – bei 3 Gegenstimmen – beschlossen.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 16.11.2010.

Punkt 49 **Erweiterung der Elterninitiative "Villa Josefus e. V.", Finther Landstraße 20, Mainz-Gonsenheim; Antrag auf Investitions- und Betriebskostenzuschüsse**
Vorlage: 2061/2010

Der Erweiterung der Elterninitiative „Villa Josefus e. V.“ um 15 Plätze wird ohne Gegenstimmen und Stimmenthaltungen zugestimmt.

Die erforderlichen Mittel zur Finanzierung der Investitions- und Betriebskostenzuschüsse ab 01.01.2011 werden zusätzlich bereitgestellt.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 16.11.2010.

Punkt 50 **Neubau einer Cafeteria für die Berufsbildenden Schule I + III im Rahmen des Konjunkturprogramms II**
Vorlage: 2072/2010

Der Stadtrat nimmt den Sachstand zur Kenntnis.

Er stimmt einstimmig zu, das Projekt Neubau einer Cafeteria für die Berufsbildenden Schulen I + III im Rahmen des Konjunkturprogramms II umzusetzen.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 16.11.2010.

Punkt 51 **Umsetzung der Konzeption des Haus des Jugendrechts - ein Projekt der interdisziplinären Zusammenarbeit von Justiz, Polizei und Amt für Jugend und Familie (Jugendgerichtshilfe - Streetwork und Jugendschutz) zur Bearbeitung von sozial auffälligem und rechtlich abweichendem Verhalten von Kindern und Jugendlichen.**
Vorlage: 2073/2010

Einstimmig fasst der Stadtrat nachfolgende Beschlüsse:

Der Zusammenführung der Jugendgerichtshilfe zu Beginn des Jahres 2011 in das Gebäude „Erthalstraße 2“ wird zugestimmt. Damit sind alle Jugendgerichtshelfer in das Konzept eingebunden und können mit Polizei und Staatsanwaltschaft die Einzelfälle im beschleunigten Verfahren bearbeiten. Die benötigten Haushaltsmittel einmalig 2011 in Höhe von 6.300 € und laufend jährlich in Höhe von 38.853,28 € werden bereitgestellt.

Die Verwaltung wird ermächtigt, mit der LBB den notwendigen Mietvertrag zu schließen.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 16.11.2010.

Punkt 52 **Ev. Kindertagesstätte Luthergemeinde, Friedrich-Naumann-Straße 20, Mainz; - Ersatzneubau mit Schaffung von Plätzen für Zweijährige und zusätzlichen Ganztagsplätzen**
Vorlage: 2103/2010

Mit dem Hinweis, dass es auf Seite 3, Ziffer 4 a), der Vorlage „Luthergemeinde“ statt „Auferstehungsgemeinde“ heißen muss, fasst der Stadtrat mehrheitlich (1 Gegenstimme, 1 Enthaltung) nachfolgende Beschlüsse:

Dem Ersatzneubau mit Einrichtung von 18 Plätzen für Zweijährige und 38 zusätzlichen Ganztagsplätzen in der evangelischen Kindertagesstätte der Luthergemeinde ab 01.08.2012 wird zugestimmt.

Die Stadt Mainz gewährt der evangelischen Luthergemeinde einen Investitionskostenzuschuss in Höhe von 264.943 €. Die erforderlichen Mittel werden im Finanzhaushalt 2011 eingestellt.

Die zusätzlich entstehenden Personalkosten werden im Rahmen der Bestimmungen des Kindertagesstättengesetzes Rheinland-Pfalz finanziert. Die erforderlichen Mittel werden für das Sachkonto 55990001 - zu Lasten der Leistung L360505001 ab 2012 eingestellt.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 16.11.2010.

Punkt 53 **Bewertung von Maßnahmenvorschlägen zur Verwendung der Beiträge aus der Stellplatzablösesatzung**
Vorlage: 2000/2010

Nach Aufruf des Tagesordnungspunktes teilt Frau Becker mit, dass die Quartiersgarage für die Mainzer Neustadt – wie in der Vorlage beschrieben – nicht die oberste Priorität besitze. Alle Maßnahmen der Neustadt sollten gleichbehandelt werden.

Hierzu teilt Beigeordnete Grosse mit, dass dies auch so verstanden werde.

Der Stadtrat nimmt den Sachstandsbericht der Verwaltung zur Kenntnis.

Gegenstand der Beratung und ist die Verwaltungsvorlage vom 10.11.2010.

Punkt 54 **Investitionsprogramm des Entsorgungsbetriebes zum Finanzplan 2010 - 2014**
Vorlage: 1821/2010

Der Stadtrat beschließt einstimmig das als Anlage beigefügte Investitionsprogramm des Entsorgungsbetriebes der Stadt Mainz für die Jahre 2010-2014. Die jeweilige Beauftragung der Investitionen erfolgt durch einzelne Vorlagen.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 10.11.2010.

Punkt 55 **Wirtschaftsplan 2011 des Entsorgungsbetriebes der Stadt Mainz**
Vorlage: 1999/2010

Der Stadtrat beschließt ohne Gegenstimmen und Stimmenthaltungen den Wirtschaftsplan 2011, den Finanzplan und die Stellenübersicht des Entsorgungsbetriebes der Stadt Mainz.

Gleichzeitig werden festgesetzt:

a) der Gesamtbetrag der Kredite auf	4.578.000 Euro
b) der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf	0 Euro
c) der Höchstbetrag der Kassenkredite auf	5.000.000 Euro

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 10.11.2010.

Punkt 56 **Änderung Kostenplan des Entsorgungsbetriebes der Stadt Mainz vom 16. Dezember 2009**
Vorlage: 2007/2010

Der Stadtrat beschließt einstimmig die Kostensätze für die Benutzung der Dienst- und Sonderfahrzeuge, die Ausführung von Dienstleistungen und die Abgabe von Verbrauchsmitteln nach Maßgabe der beiliegenden Entwurfsfassung mit Wirkung vom 1. Januar 2010.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 10.11.2010.

Punkt 57 **11. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Benutzungsgebühren für die Abfallentsorgung in der Stadt Mainz (Abfallgebührensatzung) vom 02. Juli 1997, zuletzt geändert durch die Satzung vom 05. Mai 2010**
Vorlage: 2010/2010

Der Stadtrat beschließt einstimmig die als Anlage beigefügte 11. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Benutzungsgebühren für die Abfallentsorgung in der Stadt Mainz (Abfallgebührensatzung) vom 02. Juli 1997, zuletzt geändert durch Satzung vom 05. Mai 2010.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 10.11.2010.

Punkt 58 **Kommunalreform / Aufgabenübertragung**
Vorlage: 2002/2010

Bei 2 Gegenstimmen beschließt der Stadtrat mehrheitlich:

Die Gesamtkonzeption zur Übernahme der Zuständigkeit nach dem Zweiten Landesgesetz zur Kommunal- und Verwaltungsreform vom 28. September 2010 auf dem Gebiet des Straßenverkehrsrechts für den Bereich des Dezernates V wird zur Kenntnis genommen.

1. Das 31-Verkehrsüberwachungsamt bekommt die Aufgabe Abwehr von Gefahren wegen Überschreitung der Termine für die Durchführung von Hauptuntersuchungen und Sicherheitsprüfungen sowie Verstöße gegen die Vorschriften über die Mindestprofiltiefe der Reifen gem. § 7 Nr. 2 der Landesverordnung über Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Straßenverkehrsrechts zum 01.01.2011 zugewiesen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Übernahme der Aufgaben gem. § 7 Nr. 3 der Landesverordnung über Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Straßenverkehrsrechts über die ADD beim Ministerium des Innern und für Sport zu beantragen.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 23.11.2010.

Punkt 59 **Bau einer Dreiecksinsel mit frei fließendem Rechtsabbieger am Knotenpunkt Weserstr./An der Krimm.**
Vorlage: 2012/2010

Der Stadtrat beschließt einstimmig den Bau einer Dreiecksinsel mit frei fließendem Rechtsabbieger am Knotenpunkt Weserstraße/An der Krimm.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 10.11.2010.

Punkt 60 **Bauangelegenheiten**
hier: DIN-gerechter Ausbau der Fußgängerüberwege
Vorlage: 2028/2010

Der Stadtrat beschließt einstimmig – bei 3 Enthaltungen –, die DIN-gerechte Beleuchtung aller Fußgängerüberwege im Stadtgebiet Mainz innerhalb von acht Jahren sicherzustellen. Eine erste Tranche mit einem Investitionsvolumen von 100.000,00 € soll gemäß der Vorschlagsliste für 2011 an die Stadtwerke Mainz AG beauftragt werden. Aus rechtlichen Gründen unzulässige oder aus funktionalen Gründen entbehrliche Fußgängerüberwege sollen schrittweise zurückgebaut wer-

den.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 10.11.2010.

Punkt 61 **Sanierung und Umgestaltung des Parkplatzes "Am Pulverturm" unter Verwendung der Mittel aus der Stellplatzablöse**
Vorlage: 2036/2010

Der Stadtrat stimmt einstimmig der vorliegenden Planung und Finanzierung zur Sanierung und Umgestaltung des Parkplatzes „Am Pulverturm“ zu.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 09.11.2010.

Punkt 62 **Bauleitplanverfahren "G 124/1.Ä" (Erneute Offenlage)**
Bebauungsplanentwurf "Umnutzung des Kasernengeländes zwischen Erzbergerstraße und Canisiusstraße - 1. Änderung (G 124/1.Ä)"
hier: - Behandlung der Stellungnahmen aus der Offenlage gemäß § 3 Abs. 2 BauGB
- Erneute Vorlage in Planstufe II
- Erneute eingeschränkte Offenlage gemäß §3 Abs. 2 BauGB in Verbindung mit § 4 a Abs. 3 BauGB
Vorlage: 1732/2010

Punkt 62.1 **Änderungsantrag zur Vorlage 1732/2010: Bauleitplanverfahren G 124/1.Ä (Erneute Offenlage) "Umnutzung des Kasernengeländes zwischen Erzbergerstraße und Canisi-usstraße - 1. Änderung (ödp/Freie Wähler)**
Vorlage: 2331/2010

Der Stadtrat beschließt mit Mehrheit:

1. die Zurückweisung bzw. Aufnahme der Stellungnahmen aus der Offenlage gemäß § 3 Abs. 2 BauGB,
2. die erneute Vorlage in Planstufe II,
3. die erneute eingeschränkte Offenlage gemäß § 3 Abs. 2 in Verbindung § 4 a Abs. BauGB.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 25.10.2010.

Der Änderungsantrag der Fraktion ödp/Freie Wähler (2331/2010) ist damit obsolet.

Punkt 63

**Erste Verlängerung der Veränderungssperre für den Bereich des
Bebauungsplanentwurfs "Am Waldfriedhof Mombach (M 102)", Sat-
zung "M 102-VS/I"**

**hier: Beschluss gemäß § 17 BauGB i. V. m. den §§ 14 und 16 BauGB
Vorlage: 2023/2010**

Der Stadtrat beschließt ohne Gegenstimmen und Stimmenthaltungen in Kenntnis der Vorlage gemäß § 17 BauGB i. V. m. §§ 14 und 16 BauGB die Satzung "M 102-VS/I" über die erste Verlängerung der Geltungsdauer der Veränderungssperre "M 102-VS" um ein Jahr.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 29.11.2010.

Punkt 64 **Bauleitplanverfahren "Postareal westlich Hauptbahnhof (H 93)" (erneuter Aufstellungsbeschluss)"**
Bebauungsplanentwurf "Postareal westlich Hauptbahnhof (H 93)"
hier: - erneuter Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB
Vorlage: 2055/2010

Der Stadtrat beschließt einstimmig in Kenntnis der Vorlage zu dem o. g. Bauleitplanentwurf den erneuten Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs.1 BauGB.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 29.11.2010.

Punkt 65 **Bauleitplanverfahren VEP "He 124" (Planstufe I)**
a) Änderung Nr. 36 des Flächennutzungsplanes der Stadt Mainz im Bereich des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes "Möbel- und Fachmarktzentrum - VEP (He 124)"
hier: - Erneuter Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs.1 BauGB in Verbindung mit § 1 Abs. 8 BauGB
- Vorlage in Planstufe I
- Durchführung der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB im Standardverfahren
b) Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes "Möbel- und Fachmarktzentrum - VEP (He 124)"
hier: - Erneuter Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB
- Vorlage in Planstufe I
- Durchführung der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB im Standardverfahren
Vorlage: 2051/2010

Der Stadtrat beschließt mehrheitlich – bei 3 Gegenstimmen – zu a) und b)

- den erneuten Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB i. V. m. § 1 Abs. 8 BauGB
- die Vorlage in Planstufe I
- die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB im Standardverfahren

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 29.11.2010.

Punkt 66

"Nino-Erné-Straße (Le 2)" - Planstufe I

a) Änderung Nr. 38 des Flächennutzungsplanes der Stadt Mainz im Bereich des Bebauungsplanentwurfes "Nino-Erné-Straße (Le 2)"

hier: - Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Absatz 1 BauGB in Verbindung mit § 1 Absatz 8 BauGB

- Vorlage in Planstufe I

- Durchführung der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Absatz 1

b) Bebauungsplanentwurf "Nino-Erné-Straße (Le 2)"

hier: - Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Absatz 1 BauGB

- Vorlage in Planstufe I

- Durchführung der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Absatz 1 BauGB

Vorlage: 2048/2010

Der Stadtrat beschließt mit Mehrheit (2 Gegenstimmen) zu beiden Bauleitplanentwürfen

1. den Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Absatz 1 BauGB in Verbindung mit § 1 Absatz 8 BauGB,
2. die Vorlage in Planstufe I,
3. die Durchführung der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Absatz 1 BauGB im Standardverfahren.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 29.11.2010.

Punkt 67

Straßenbenennungen

Punkt 67.1

Straßenbenennung in Mainz Mombach;

Antrag 1149/2010 der SPD Ortsbeiratsfraktion im Ortsbeirat Mainz-Mombach betr. Verbindungsweg zwischen der Straße Auf der Langen Lein und dem Mombacher Hallenbad

Vorlage: 1869/2010

Der Verbindungsweg zwischen der Straße Auf der Langen Lein (Parkplatz Bezirkssportanlage) und dem Mombacher Hallenbad erhält die Bezeichnung *Käthchen-Frödert-Weg*.

Der Antrag des Ortsbeirates Mainz-Mombach ist damit erledigt.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 16.11.2010.

Punkt 67.2 **Straßenbenennung in Mainz-Gonsenheim**
hier: Baugebiet "Westlich der Karlsbader Straße"
Vorlage: 1995/2010

Der Stadtrat beschließt ohne Gegenstimmen und Stimmenthaltungen:

Der nördliche Abschnitt der Planstraße A erhält den Namen „*Federgrasweg*“, der westliche den Namen „*Sandveilchenweg*“ und der südliche den Namen „*Faserschirmweg*“.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 16.11.2010.

B) Ohne Stimmrecht des Vorsitzenden

Punkt 68 **Änderungen / Ergänzungen städtischer Gremien**

Punkt 68.1 **Besetzungen von Aufsichts- und Verwaltungsräten**

hier:

- Aufsichtsrat Zentrale Beteiligungsgesellschaft der Stadt Mainz mbH (ZBM)

- Aufsichtsrat Congress Centrum Mainz GmbH

- Verwaltungsrat Grundstücksentwicklung Mainz (AGEM) AÖR

- Aufsichtsrat Grundstücksverwaltungsgesellschaft der Stadt Mainz mbH

- Verwaltungsrat Sparkasse

Vorlage: 2328/2010

Der Stadtrat beschließt einstimmig die nachfolgend aufgeführten Vorschläge zur Umbesetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten etc.

Aufsichtsrat Zentrale Beteiligungsgesellschaft der Stadt Mainz mbH (ZBM)

Auf Vorschlag der FDP-Stadtratsfraktion wird als Mitglied

StRM Cornelia Willius-Senzer

in den Aufsichtsrat der ZBM entsandt. Die Entsendung von Herrn Christopher Sitte wird durch den Stadtrat der Stadt Mainz widerrufen.

Aufsichtsrat Congress Centrum Mainz GmbH (CCM)

Auf Vorschlag der FDP-Stadtratsfraktion wird als Mitglied

StRM Herbert Egner

in den Aufsichtsrat der CCM gewählt. Der bisherige Vorsitzende des Aufsichtsrates Herr Franz Ringhoffer scheidet aufgrund des Verlusts des die Entsendung begründeten Amtes aus. Herr Christopher Sitte wird kraft seines Amtes Vorsitzender im Aufsichtsrat der CCM.

Verwaltungsrat Grundstücksentwicklung Mainz (AGEM) AöR

Auf Vorschlag der FDP-Stadtratsfraktion wird als Mitglied

StRM Walter Koppius

für den Verwaltungsrat der AGEM bestellt. Herr Christopher Sitte übernimmt Kraft seines Amtes den Vorsitz. Der bisherige Vorsitzende Franz Ringhoffer scheidet aufgrund der Erledigung des Amtes des zuständigen Beigeordneten aus dem Verwaltungsrat aus.

Aufsichtsrat Grundstücksentwicklungsgesellschaft der Stadt Mainz mbH (GVG)

Auf Vorschlag der FDP-Stadtratsfraktion wird als Stellvertreter für das Aufsichtsratsmitglied Herrn Richard Patzke

N.N. (Vorschlag noch nicht erfolgt)

für den Aufsichtsrat der GVG bestellt. Herr Christopher Sitte wird vom Stadtrat der Stadt Mainz als Stellvertreter von Herrn Richard Patzke im Aufsichtsrat der GVG abberufen.

Verwaltungsrat Sparkasse Mainz

Als Stellvertreter für das Verwaltungsratsmitglied Herr Dr. Wolfgang Petereit schlägt die FDP-Stadtratsfraktion

StRM Walter Koppius

für den Verwaltungsrat der Sparkasse Mainz vor. Die in der Stadtratssitzung am 26.08.2009 beschlossene Stellvertreterregelung (Herr Christopher Sitte) entfällt.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 07.12.2010.

Punkt 68.2

Ergänzung von Ausschüssen und sonstigen Gremien
Vorlage: 0006/2010

Der Stadtrat beschließt einstimmig die nachfolgenden Ergänzungen von Ausschüssen und sonstigen Gremien:

1. Bau- und Sanierungsausschuss

(10 25 07 / 175)

Auf Vorschlag der Stadtratsfraktion ödp / Freie Wähler wird als Nachfolger von Frau Kraft

StRM Walter Konrad

in das o. g. Gremium gewählt.

2. Haupt- und Personalausschuss

(10 25 07 / 30)

Auf Vorschlag der Stadtratsfraktion ödp / Freie Wähler wird als Nachfolger von Frau Kraft

StRM Walter Konrad

in das o. g. Gremium gewählt.

3. Sozialausschuss

(10 25 07 / 96)

Auf Vorschlag der Stadtratsfraktion ödp / Freie Wähler wird als Nachfolger von Frau Kraft

StRM Walter Konrad

in das o. g. Gremium gewählt.

4. Jugendhilfeausschuss

(10 25 07 / 33-0)

Auf Vorschlag der Stadtratsfraktion ödp / Freie Wähler wird als Nachfolger von Frau Kraft

StRM Walter Konrad

in das o. g. Gremium gewählt.

5. Klimaschutzbeirat

(10 25 07 / 154)

Auf Vorschlag der Stadtratsfraktion ödp / Freie Wähler wird als Mitglied

Dr. Holger Schinke

in das o. g. Gremium gewählt.

6. Mainzer Seniorenbeirat

(10 25 07 / 137)

Auf Vorschlag der Stadtratsfraktion ödp / Freie Wähler werden als Mitglied bzw. Stellvertretung

Jürgen Bräger bzw.
StRM Walter Konrad

in das o. g. Gremium gewählt.

7. Sozialausschuss

(10 25 07 / 96)

Auf Vorschlag der Verwaltung werden als Vertretung des Mainzer Seniorenbundes als Mitglied bzw. Stellvertretung

Lore Hartmann bzw.
Manfred Herholz

in das o. g. Gremium gewählt.

Weiterhin werden auf Vorschlag der Verwaltung als Vertretung des Beirates für Migration und Integration als Mitglied bzw. Stellvertretung

Frau Peimaneh Nemazi-Lohfink bzw.
Frau Nilüfer Bayram

in das o. g. Gremium gewählt.

8. Jugendhilfeausschuss

(10 25 07 / 33-0)

Auf Vorschlag des Stadtjugendringes wird als Nachfolger von Herrn Labenz

Oliver Mahn

in das o. g. Gremium gewählt.

9. Mainzer Seniorenbeirat

(10 25 07 / 137)

Auf Vorschlag der Stadtratsfraktion DIE LINKE. wird als Nachfolger von Frau Wildenhayn

Peter Weinand

in das o. g. Gremium gewählt.

10. Sportausschuss

(10 25 07 / 92)

Auf Vorschlag der Stadtratsfraktion DIE LINKE. wird als Nachfolger von Herrn Szinte

Jonas Brandt

in das o. g. Gremium gewählt.

11. Jury V. O.-Stomps-Preis

(10 25 07 / 71)

Auf Vorschlag der Stadtratsfraktion ödp / Freie Wähler wird als Nachfolger von Frau Kraft

Hans Preusse

in das o. g. Gremium gewählt.

12. Schulträgerausschuss

(10 25 07 / 85)

Auf Vorschlag der Verwaltung wird als Nachfolgerin von Herrn Martin

Klara Sophie Mladinic

in das o. g. Gremium gewählt.

13. Klimaschutzbeirat

(10 25 07 / 154)

Auf Vorschlag der Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird als zus. Stellvertretung

Ute Wellstein

in das o. g. Gremium gewählt.

14. Stellvertretung in Ausschüssen

Auf Vorschlag der Stadtratsfraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN wird als zus. Stellvertretung in alle Ausschüsse (außer Jugendhilfe- und Stadtrechtsausschuss sowie Regionalvertretung Planungsgemeinschaft)

Jochen Aulbach

in das o. g. Gremium gewählt.

15. Wirtschaftsausschuss

(10 25 07 / 46)

Auf Vorschlag der FDP-Stadtratsfraktion wird als Nachfolger von Hr. Sitte

StRM Walter Koppius

in das o. g. Gremium gewählt.

16. Haupt- und Personalausschuss

(10 25 07 / 30)

Auf Vorschlag der FDP-Stadtratsfraktion wird als Nachfolger von Hr. Sitte

StRM Walter Koppius

in das o. g. Gremium gewählt.

17. Beirat Job-Center / ARGE

(10 25 07 / 17)

Auf Vorschlag der FDP-Stadtratsfraktion wird als Nachfolger von StRM Koppius

StRM Herbert Egner

in das o. g. Gremium gewählt.

18. Kulturausschuss

(10 25 07 / 42)

Auf Vorschlag der FDP-Stadtratsfraktion wird als Nachfolgerin von
StRM Willius-Senzer

StRM Ulrike Faßbender

in das o. g. Gremium gewählt.

StRM Willius-Senzer wird als Stellvertretung in das o. g. Gremium gewählt.

19. Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen

(10 25 07 / 27)

Auf Vorschlag der FDP-Stadtratsfraktion wird als Nachfolgerin von StRM Koppius

StRM Willius-Senzer

in das o. g. Gremium gewählt.

StRM Koppius wird als Stellvertretung in das o. g. Gremium gewählt.

20. Stellvertretung in Ausschüssen

Auf Vorschlag der FDP-Stadtratsfraktion wird als zus. Stellvertretung in alle Ausschüsse (außer Jugendhilfe-, Stadtrechts-, Wirtschafts- und Haupt- und Personalausschuss sowie Regionalvertretung Planungsgemeinschaft)

StRM Herbert Egner

in das o. g. Gremium gewählt.

21. Beirat für Migration und Integration

(10 25 07 / 26)

Auf Vorschlag der CDU-Stadtratsfraktion wird als Nachfolger von Frau Kraft

StRM Dr. Claudius Moseler

in das o. g. Gremium gewählt.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 08.12.2010.

Ende der Sitzung: 21:20 Uhr

gez. Jens Beutel
Vorsitz

gez. Detlef Blessing
Schrifführung